

MedienINFO 173 – Mittwoch, 14. Mai 2014

Debatte über totales Rauchverbot

Schneider: Rot-grünes Rauchverbot gehört zügig auf den Prüfstand

Vor einem Jahr hat die rot-grüne Landesregierung mit dem rigorosen Rauchverbot in der Gastronomie einen erheblichen Eingriff in die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger vorgenommen. Ein Jahr später zeigt sich, dass das Rauchverbot in der Bevölkerung keine Akzeptanz findet. Susanne Schneider, gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion: „Umfragen zeigen, dass das strikte Rauchverbot mehrheitlich abgelehnt wird und Ausnahmen gewünscht sind.“ Das Gesetz muss aus Sicht der FDP daher zügig einer umfassenden Evaluation unterzogen werden. SPD und Grüne haben die Initiative der FDP jedoch abgelehnt.

Die FDP hat stets vor den negativen Auswirkungen des rigorosen Rauchverbotes gewarnt. „Ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes zeigen sich die negativen Auswirkungen auf die Vielfalt in der Gastronomielandschaft deutlich.“ Kleine Eckkneipen verschwinden nach und nach. Schneider: „Diese Entwicklung geht eindeutig auf das Konto von SPD und Grünen, in deren Weltbild die traditionelle Eckkneipe nicht passt. Damit bleiben die Wirte, aber auch viele Gäste auf der Strecke. Ihnen bricht ein Teil ihres sozialen Umfelds weg“, erklärt Schneider.

Schneider bezeichnete in der Debatte das Rauchverbot als Teil „grüner Verbotsmanie“. Schneider spricht sich für eine tolerante Bürgergesellschaft und für das Recht auf Selbststimmung aus. „Die FDP tritt für einen effektiven Nichtraucherenschutz ein; Bevormundung und Ideologie lehnen die Liberalen jedoch ab. Wir wollen keinen Staat, der uns vorschreibt, wie wir unser Leben zu leben haben“, erklärt Schneider. Die FDP-Fraktion fordert daher die Evaluation des Rauchverbots. Insbesondere die Möglichkeit von Ausnahmeregelungen etwa für Einraumkneipen oder Festzelte – wie ein Großteil der Bürgerinnen und Bürger sie in Umfragen befürwortet – soll dabei beleuchtet werden.